

Wo die Uhren anders gehen

Die Universität von Montevideo veranstaltete im Juni einen Kongress. „Das Arbeitsrecht im Zeitalter nach dem Neoliberalismus“ lautete das Thema. Sind die Marktradikalen wirklich abserviert? In Lateinamerika spricht dafür eine ganze Menge. Brasilien und Argentinien werden von Präsidenten regiert, die alles andere als einen wirtschaftsliberalen Hintergrund haben, in Uruguay, Venezuela, Ecuador und Bolivien wurden politisch links stehende Regierungen gewählt. Und was viel überraschender ist: In vielen „konservativ“ regierten Länder wie Costa Rica und Peru machen plötzlich die Obersten Gerichte mit dem Grundrechtsschutz Ernst. Zum ersten Mal gibt es z. B. in Costa Rica einen wirklichen Bestandsschutz des Arbeitsverhältnisses – das ist für dortige Verhältnisse ungefähr so, als würde das Bundesverfassungsgericht einer Verlagerung von Betrieben ins Ausland die Anerkennung verweigern, weil das nicht mit dem Grundsatz „Eigentum verpflichtet“ vereinbar sei. Bei der Formulierung des Themas waren also keine wirklichkeitsfernen Idealisten am Werk. Die Tagung brachte viel Anschauungsmaterial, das deutlich machte: Dort hat sich der Wind gedreht.

Ein besonders wichtiges Beispiel bietet Uruguay, wo der Kongress stattfand. Hier haben die Gewerkschaften ihre Mitgliederzahl in den letzten drei Jahren verdoppelt; sie organisieren jetzt 20 % der aktiven Bevölkerung (nicht nur der Arbeitnehmer). Wieso dieser Aufschwung? Im Wahlkampf hatten die Gewerkschaften das Linksbündnis („Frente amplio“) unterstützt. Als dieses die Regierung übernahm, berief es die drittelparitätischen Lohnkommissionen nach Jahrzehnten erstmals wieder ein. Dort beschließen Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgeber über die Mindestvergütung in den einzelnen Branchen – gestaffelt nach Qualifikation und Verantwortung. Die Regierung ist mehr auf Seiten der Gewerkschaften. Dies nicht nur aus politischer Überzeugung. Genauso wichtig: die Hilfe im Wahlkampf ist nicht vergessen. Anständige Menschen stehen zu ihren Versprechen. Unter diesen Umständen waren die Unternehmer kompromissbereit. Insbesondere in Sektoren, wo es bisher nie zu Tarifverhandlungen gekommen war, ergaben sich plötzlich erhebliche Lohnerhöhungen.

Ähnlichkeiten mit dem deutschen Wahlkampf 1998 und dem Verhalten der rot-grünen Bundesregierung danach wären rein zufälliger Natur. Übrigens: Uruguays Wirtschaft wächst um 4 bis 5 % pro Jahr – sie können doch mit Geld umgehen, die Linken, sagt man dort. Und brauchen dafür nicht einmal eine Große Koalition.

Fundstelle: Der Betriebsrat (dbr) Heft 8/2007 S. 3